

Factsheet Peacekeeping



DEUTSCHLAND IN FRIEDENSEINSÄTZEN

- Aktuell beteiligt sich Deutschland über das AA, BMI und BMVg mit **876 Personen** an internationalen Friedenseinsätzen - davon **172 Frauen**, was einem Anteil von knapp 20 % entspricht.
- **170 sekundierte zivile deutsche Expertinnen und Experten** (davon 73 Frauen, entspricht ca. 43 %), **639 Soldatinnen und Soldaten** (davon ebenfalls 73 Frauen, entspricht knapp 12 %), und **67 deutsche Polizistinnen und Polizisten** (davon 26 Frauen, entspricht ca. 39 %) arbeiten in internationalen Friedenseinsätzen (Stand: Juni 2024).
- Deutschlands **erster Friedenseinsatz: 1989/1990** beteiligten sich der damalige Bundesgrenzschutz (heute Bundespolizei) mit 50 Angehörigen sowie 30 Angehörige der damaligen DDR Volkspolizei an der **UN Transition Assistance Group (UNTAG)** in Namibia.
- Der **deutsche Beitrag zum Budget des VN-Peacekeeping** beträgt derzeit rund **388,5 Mio. USD**. Damit ist Deutschland viertgrößter Beitragszahler mit einem Anteil von **6,4 %** am gesamten VN- Peacekeeping-Budget in Höhe von rund **6,05 Mrd. USD**.

FRIEDENSEINSÄTZE IN ZAHLEN

Internationale Anstrengungen für Frieden

Vereinte Nationen

- Aktuell elf Friedenseinsätze und 23 politische Missionen.
- 71 Peacekeeping-Einsätze seit 1948.
- **Personal im Einsatz:** knapp 71.400, davon ca. 8.900 zivile Expertinnen und Experten, 56.200 Soldatinnen und Soldaten und 6.300 Polizistinnen und Polizisten.
- **Erster Friedenseinsatz:** United Nations Truce Supervision Organization (UNTSO) - überwacht die Waffenruhe zwischen Israel und den palästinensischen Gebieten auf den Golan-Höhen seit 1948.

Europäische Union

- Aktuell 24 EU-Missionen im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), darunter 13 zivile, zehn militärische und eine zivil-militärische Initiative. Deutschland beteiligt sich an elf zivilen Missionen und zwei militärischen Operationen.
- **Personal im Einsatz:** 900 zivile Expertinnen und Experten, 3.000 Soldatinnen und Soldaten, 400 Polizistinnen und Polizisten.
- **Aufgabenspektrum:** Training und Ausbildung; strategische Beratung u.a. zu Sicherheitssektorreform, Justizreform, Rechtsstaatlichkeit; Beitrag zur Stabilisierung, Normalisierung und Vertrauensbildung; Beobachtungsaufgaben.
- **Längster EU-Einsatz:** EUFOR Althea in Bosnien-Herzegowina seit 2004 zur

Unterstützung der Aufrechterhaltung eines sicheren Umfelds und der Einhaltung des Dayton-Abkommens.

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)

- Zwölf Feldmissionen in Teilnehmerstaaten von Südost- und Osteuropa bis Zentralasien. Das von freiwilligen Geberstaaten getragene „Support Programme for Ukraine“ setzt zudem die Arbeit der OSZE in der Ukraine seit November 2022 mit einer Vielzahl von Projekten fort und wird vom Sekretariat in Wien gesteuert.
- **Personal im Einsatz:** ca. 260 internationale (kontraktiert und sekundiert) und 1.340 lokale Beschäftigte in Feldoperationen.
- **Längste Feldoperation:** Die seit 1992 bestehende OSZE-Mission in Skopje (Sitz in Skopje, Feldbüro in Tetovo) zählt ca. 150 Mitarbeitende und ist mandatiert, konstruktive interethnische Beziehungen und die Umsetzung des Rahmenabkommens von Ohrid (2001) zu fördern. Sie wird von dem Deutschen Kilian Wahl geleitet.
- **Größte Feldoperation:** Die OSZE-Mission im Kosovo ist mit ca. 450 Beschäftigten in Pristina und fünf Regionalbüros die größte OSZE-Mission. Ihr Kernmandat ist die Förderung von Demokratie und Menschenrechten. Mit der Sekundierten Cornelia Taylor stellt Deutschland die stellvertretende Leiterin der Mission.
- Deutschland ist **zweitgrößter Beitragszahler (12 %)** für die OSZE-Feldoperationen und unterstützt zudem durch Personalsekundierungen und extra-budgetäre Projektförderung.

Blauhelme: BMVg und Peacekeeping

- **Personelle Beteiligung** an UNIFIL, UNMISS und MINURSO mit insgesamt 273 Soldatinnen und Soldaten, davon 42 Frauen. Der Frauenanteil liegt somit bei 15,4 % (Stand: 17. Juni 2024).
- Expertise für VN-Arbeitsgruppen, VN-Verhandlungsprozesse oder VN-Konferenzen.
- Personalgestellung für VN-Sekretariat.
- **Kapazitätsaufbau** von VN-Truppenstellern oder Reformbemühungen im VN-Sekretariat.
- Einsatz von Mobilen Training Teams.
- Ausbildung nichtdeutschen Personals zum Militärbeobachter/zur Militärbeobachterin oder zum UN Staff Officer am VN-Ausbildungszentrum der Bundeswehr in Hammelburg und der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg.
- **Zur Diskussion über die Zukunft des Peacekeeping und die Generierung von Beiträgen für Friedensmissionen richten das BMVg und das Auswärtige Amt unter Mitwirkung des Bundesministeriums des Innern und für Heimat im nächsten Jahr gemeinsam das UN Peacekeeping Ministerial 2025 aus. Dazu werden Außen- und Verteidigungsministerinnen und -minister der truppenstellenden Staaten nach Berlin eingeladen.**

Zivile Expertise für Einsätze: der Personalpool des ZIF

Das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF) sekundiert im Auftrag des Auswärtigen Amtes zivile Expertinnen und Experten in internationale Friedens- und humanitäre Einsätze und sichert damit die zivilen Kapazitäten für Krisenprävention und Konfliktbearbeitung. Der Personalpool umfasst etwa **1.600** Profile ziviler Fach- und Führungskräfte, davon rund 49 % Frauen.

Deutsches Personal mit ZIF aktuell im Einsatz (Stand: Juni 2024):

- EU, EAD und EU-Sonderbeauftragte: 81
- OSZE: 40
- VN: 13
- Internationale Strafgerichtshöfe: 9
- Humanitäre VN-Organisationen: 7
- Europarat: 7
- NATO: 6
- andere: 8

Die meisten **zivilen deutschen Expertinnen und Experten** arbeiten derzeit für die **EU Advisory Mission EUAM** in der Ukraine sowie das **OSZE-Sekretariat in Wien**.

Etwa **300 Wahlbeobachterinnen und -beobachter** entsendet das ZIF jährlich in Missionen der EU und OSZE. Insgesamt hat das ZIF seit 2002 über 6.500 Wahlbeobachterinnen und -beobachter vermittelt.

Polizeiliches Engagement in VN- und EU-Missionen

Seit 1989 nehmen deutsche Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte des Bundes an friedenssichernden und friedenserhaltenden Einsätzen zwischen- und überstaatlicher Mandatgeber in verschiedenen Krisengebieten der Welt teil.

Seit 1994 erfolgt die Beteiligung an mandatierten Friedensmissionen gemeinsam durch Beamtinnen und Beamte der Polizeien des Bundes, der Länder und der Bundeszollverwaltung.

Derzeit beteiligen sich deutsche Polizistinnen und Polizisten aus Bund und Ländern an vier VN-Missionen sowie neun EU-Missionen.

Deutschland stellt in der European Union Mission in Armenia mit Dr. Markus Ritter (Bundespolizei) den Head of Mission. Polizeidirektor Ralf Schröder (Bundespolizei) leitet die Polizeikomponente der Mission UNSOM in Somalia.

Einen großen Beitrag leistet Deutschland bei der Reformierung des Trainings der VN-Polizei. Angehörige der drei polizeilichen Trainingsinstitute für die Vorbereitung auf internationale Einsätze haben an der Erstellung neuer allgemeingültiger Curricula für die Vorbereitung von Polizistinnen und Polizisten für ihre Einsätze mitgewirkt.

Auch bietet Deutschland – koordiniert über die VN – polizeistellenden Staaten die Teilnahme an Trainings in Deutschland und die Entsendung sog. Mobile Training Teams an.

Über die Einsätze

Die am Tag des Peacekeeping 2024 geehrten zivilen Expertinnen und Experten, Polizistinnen und Polizisten sowie Soldatinnen und Soldaten sind bzw. waren in den folgenden Ländern und Friedenseinsätzen tätig:

Armenien: EUMA (EU)	Südsudan: UNMISS (VN)
Libanon: UNIFIL (VN)	Somalia: UNSOM (VN) / EUCAP Somalia (EU)
Kosovo: UNMIK (VN)	Zentralafrikanische Republik: SCC (EU)

European Union Mission in Armenia (EUMA)

Die EUMA wurde am 23. Januar 2023 vom Rat der EU beschlossen (und hat am 20. Februar 2023 ihre Arbeit aufgenommen. Das Mandat hat eine Gültigkeit bis zum 19. Februar 2025.

Aufgaben:

- Die Mission trägt durch die Beobachtung der Sicherheitslage entlang der internationalen Grenze zwischen Armenien und Aserbaidschan dazu bei, den bestehenden Waffenstillstand zu überwachen und die dringend notwendige Vertrauensbildung zwischen den Ländern zu unterstützen.
- Schwerpunkt liegt dabei auf der humanitären Sicherheit der lokalen Bevölkerung im Konfliktgebiet, der Gewährleistung von Grundrechten, medizinischer Versorgung und dem Schutz natürlicher Lebensgrundlagen.

Umfang:

- Aktuell sind rund 200 Personen im Einsatz für die EUMA. Mit 19 Polizistinnen und Polizisten sowie sechs zivilen Fachkräften stellt Deutschland das größte Personalkontingent.
- Leiter der Mission: Dr. Markus Ritter (Bundespolizei).

United Nations Interim Force in Lebanon (UNIFIL)

UNIFIL ist eine seit 1978 bestehende VN-Mission, die nach dem zweiten Libanesischen Krieg 2006 durch die VN-Sicherheitsratsresolution 1701 im Auftrag deutlich erweitert wurde. Das Mandat wurde durch Resolution 2695 des VN-Sicherheitsrates bis zum 31. August 2024 verlängert.

Aufgaben:

- Überwachen des Waffenstillstandsvertrags.
- Begleitung und Unterstützung der Libanesischen Streitkräfte bei Ihrem Einsatz im Süd-Libanon.

- Unterstützung für die libanesischen Streitkräfte, schrittweise Einrichtung eines Gebietes frei von bewaffneten Gruppen, Material und Waffen (außer denen der libanesischen Regierung sowie UNIFIL, die in diesem Gebiet eingesetzt sind).
- Unterstützung der libanesischen Regierung, um den unauthorisierten Zugang von Waffen und vergleichbarem Material zum Libanon zu verhindern.

Umfang:

- Die Personalobergrenze der VN-Mandats UNIFIL liegt bei 13.000 Soldatinnen und Soldaten mit einem Fokus auf die Dimension Land.
- Derzeit sind ca. 10.300 Soldatinnen und Soldaten aus 49 Nationen in Libanon eingesetzt.
- Die größten Truppensteller sind derzeit Indonesien (~1.200), Italien (~1.100), Indien (~900), Ghana (~875), Nepal (~875), Malaysia (~835), Frankreich (~700) und Spanien (~680).
- In Umsetzung der Resolution 1701 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen ist UNIFIL u. a. beauftragt, Libanon bei der Sicherung der Seegrenzen zu unterstützen. Dadurch soll die unautorisierte Einfuhr von u. a. Rüstungsgütern nach Libanon verhindert werden. Die Maritime Taskforce unterstützt zudem den Fähigkeitsaufbau der libanesischen Marine.
- Die Mandatsobergrenze der deutschen Bundeswehr liegt bei 300 Soldatinnen und Soldaten, der Beteiligung mit einer seegehenden Einheit an der Maritime Taskforce, mit Stabs- Unterstützungs- und Verbindungspersonal sowie mit Personal für den Fähigkeitsaufbau der libanesischen Marine. Derzeit stellt Deutschland auf Admirals-Ebene den Kommandeur des Flottenverbandes.

United Nations Interim Administration in Kosovo (UNMIK)

Aufgabe der seit 1999 bestehenden Mission laut VN-Resolution 1244 ist der Aufbau einer Interims-Zivilregierung. Dies umfasst:

Aufgaben:

- Wahrnehmung grundlegender ziviler Verwaltungsaufgaben.
- Etablierung einer unabhängigen Selbstverwaltung des Kosovo vorantreiben.
- Förderung eines politischen Prozesses mit dem Ziel den künftigen Status des Kosovo zu bestimmen.
- Koordinierung humanitärer und Katastrophenhilfe aller internationalen Organisationen.
- Unterstützung bei der Wiederherstellung einer Basis-Infrastruktur.
- Aufrechterhaltung der öffentlichen zivilen Ordnung („Gesetz und Ordnung“).
- Einhaltung/Schutz der Menschenrechte.
- Ermöglichung einer sicheren Rückkehr aller Flüchtlinge und Vertriebenen in ihre Heimat.

Im Kosovo ist zudem die EU-Rechtsstaatsmission **EULEX Kosovo** sowie eine **OSZE-Mission** eingesetzt, mit weiteren zivilen internationalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, darunter auch zahlreiche Deutsche.

Umfang:

112 internationale Missionsangehörige sowie 220 nationale Missionsangehörige und 24 UN-Volunteers. Leiterin der Mission ist seit 2021 Caroline Ziadeh (Libanon).

United Nations Mission in South Sudan (UNMISS)

Seit 2011 operiert die VN-Mission in Südsudan, um die Zivilbevölkerung zu schützen und dauerhaften Frieden zu schaffen. Das Mandat wurde durch Resolution 2729 des VN-Sicherheitsrates bis zum 30. April 2025 verlängert.

Aufgaben:

- Schaffung eines sicheren Umfeldes und Schutz der Zivilbevölkerung.
- Sicherung von Lieferungen mit humanitärer Hilfe
- Unterstützung bei der Umsetzung des revitalisierten Friedensabkommens (R-ARCSS).
- Schutz und Überwachung von Menschenrechten sowie Aufklärung und Berichterstattung bei Menschenrechtsverletzungen einschließlich Wahlvorbereitung.

Umfang:

- Derzeit sind 17.000 Soldatinnen und Soldaten, 2.101 Polizistinnen und Polizisten sowie ein substantieller Anteil an Zivilpersonal gem. VNSR-Resolution mandatiert.
- Zum 31. März 2024 waren 13.247 Soldatinnen und Soldaten, 429 Offiziere in den Stäben der Mission und 225 Militärbeobachterinnen und Militärbeobachter, 1.539 Polizistinnen und Polizisten und ca. 2.200 Zivilistinnen und Zivilisten bei UNMISS im Einsatz.
- Die Mandatsobergrenze der deutschen Bundeswehr liegt bei 50 Soldatinnen und Soldaten, die in den Stäben der Mission und als Militärbeobachterinnen und Militärbeobachter eingesetzt werden.
- Im Mai wurde zudem die polizeiliche Beteiligung an der Mission wieder aufgenommen. Derzeit sind drei deutsche Polizistinnen und Polizisten in Juba und Malakal im Einsatz. Sie sind unter anderem mit dem Schutz von Flüchtlingscamps betraut.

United Nations Assistance Mission in Somalia (UNSOM)

Die VN-Mission in Somalia wurde am 3. Juni 2013 durch die Resolution 2102 des VN-Sicherheitsrats nach einer umfassenden Bewertung der Vereinten Nationen zur Unterstützung der Etablierung einer Regierung in Somalia eingerichtet. Das aktuelle Mandat läuft bis zum 31. Oktober, 2024.

Aufgaben:

- Politikberatung für die somalische Regierung und die African Union Mission in Somalia (AMISOM, seit 2022 ATMIS) in den Bereichen Peacebuilding, Statebuilding, Sicherheitssektorreform, Rechtsstaatlichkeit, Entwicklung eines föderalen Systems, Demokratisierung und Koordination der internationalen Geberunterstützung.
- Unterstützung der Regierung beim Kapazitätsaufbau zur Stärkung der Menschenrechte und Justizbehörden, der Rechte von Frauen und des Kinderschutzes.

- Hilfe bei der Verhinderung konfliktbedingter sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt.
- Unterstützung bei der Umsetzung einer nationalen Sicherheitsarchitektur.
- Monitoring und Reporting von Menschenrechtsverletzungen und Verstößen gegen das Völkerrecht.
- Weitere Aktivitäten umfassen die Förderung der Jugend, integrierte Wahlunterstützung, Unterstützung und Wiederaufbau von Kommunen, Umwelt und Klimasicherheit, sowie Extremismusprävention.

Umfang:

- Nationale Angestellte: 137
- Internationale Angestellte: 187
- UN Volunteers: 38
- Amtierender UN-Sonderbeauftragter des Generalsekretärs für Somalia und Leiter der UNSOM ist James Swan.

EU Capacity Building Mission in Somalia (EUCAP Somalia)

Am 16. Juli 2012 beschloss der Rat der Europäischen Union eine nicht-exekutive zivil-militärische Mission zum Aufbau der Kapazitäten der Staaten am Horn von Afrika und im westlichen Indischen Ozean im Bereich der maritimen Sicherheit (EUCAP NESTOR, Beschluss 2012/389/GASP des Rates). Die Umbenennung in EUCAP Somalia erfolgte im November 2015. Das Mandat ist bis zum Dezember 2024 verlängert worden.

Aufgaben:

- EUCAP Somalia stärkt die zivilen Strafverfolgungskapazitäten des Landes, indem es die Bundes- und Regionalbehörden bei der Ausarbeitung von Rechtsvorschriften, der Stärkung der Strafrechtskette im Seeverkehr und der Beratung des somalischen Ministeriums für innere Sicherheit und der somalischen Polizei unterstützt.
- Die Mission unterstützt den Ausbau der Funktionen der Küstenwache und der maritimen Polizei in den Häfen Mogadischu, Berbera (Somaliland) sowie Boosaaso (Puntland) und leistet Unterstützung für die allgemeine Entwicklung und den Ausbau der Polizei.
- Seit Beginn 2024 wird von der Police Unit Mogadischu ein Pilotprojekt zur Ausbildung der Federal Darwish Police betrieben, bei dem durch Trainer/Adviser der Police Unit in enger Zusammenarbeit mit dem Ausbildungsreferat der Somalischen Polizei ein Ausbildungsprogramm entwickelt und durchgeführt werden soll.
- Mit der Fortführung des Mandates für 2023-2024 wurden die Aufgaben im maritimen Bereich erweitert. Neben dem Fokus im Bereich Fischerei/„blue economy“, d.h. Verhindern von illegaler Fischerei und Verklappung von Sondermüll in den Territorialgewässern, ist die Mission für die Entwicklung der sogenannten „Coast Guard Functions“ zuständig. Da sich sowohl die maritime Polizei, als auch die Marine als Küstenwache bezeichnen, unterstützt EUCAP Somalia jetzt auch die Marine u. a. im Bereich von Training, Ausstattung und Ausrüstung, um diese zur besseren Aufgabenwahrnehmung zu befähigen.

- Zusätzlich wird sich die Mission der Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, insbesondere im Bereich der Strafjustiz, widmen. Auch wenn sich die Mission nicht als „Trainingsmission“ versteht, wird sie weiterhin an diesen Unterstützungsmaßnahmen somalischer Strafverfolgungsbehörden mitwirken.

Umfang:

- 147 internationale Missionsangehörige
- 45 lokale Missionsangehörige (Stand: Juni 2024)
- Leiter der Mission seit Mai 2024 ist Kęstutis Lančinskas (Litauen)

Special Criminal Court (SCC) in the Central African Republic

Der „Special Criminal Court“ (SCC) ist ein seit 2015 tätiger Sonderstrafgerichtshof mit dem Auftrag, schwere Menschenrechtsverletzungen, schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht sowie das Völkerstrafrecht, insbesondere Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen, die seit dem 1. Januar 2003 in der Zentralafrikanischen Republik begangen wurden, zu untersuchen, zu verfolgen und zu verurteilen.

Der SCC ist in das nationale Justizsystem der Zentralafrikanischen Republik integriert, aber sowohl mit internationalen als auch mit zentralafrikanischen Richterinnen und Richtern, Staatsanwältinnen und -anwälten und Verwaltungsbeamtinnen und -beamten besetzt und somit ein „hybrides“ Gericht.

Aufgaben:

- Prüfung von Beweisen zu sowie Verfolgung und Ahndung von Verstößen gegen das Völkerrecht im o.g. Sinne durch alle am Konflikt beteiligten Parteien unter Einbezug der Zivilbevölkerung.
- Stärkung der Eigenverantwortung und der Kapazitäten des Landes bei der Strafverfolgung.

Umfang:

- Der SCC, der in Bangui etabliert wurde besteht aus 21 nationalen und internationalen Richterinnen und Richtern sowie Angestellten (acht internationale und 13 nationale neben einem nationalen Vorsitzenden) sowie nationalen und internationalen Angestellten, u.a. im Office of the Special Prosecutor und der Registry.
- Das Gericht arbeitet in Kooperation mit den Vereinten Nationen.
- Seit 2015 hat die VN-Friedensmission MINUSCA ein Mandat zur Unterstützung der Operationalisierung des SCC und zur Gewährleistung seiner Sicherheit.
- Auch das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) unterstützt den SCC im Rahmen eines „gemeinsamen Projekts“ mit der VN-Friedensmission und der zentralafrikanischen Regierung.